


# Dschibuti: Innenpolitik

07.03.2019 - Artikel 

## Staatsaufbau

Verfassung und Rechtssystem der Präsidentialrepublik Dschibuti orientieren sich am französischen Modell mit einem starken exekutiven Präsidenten. Seit der Verfassungsänderung vom April 2010 ist eine Wiederwahl unbegrenzt möglich und erfolgt durch direkte Wahl für fünf Jahre. Präsident Ismaïl Omar Guelleh hat am 8. Mai 2016 seine vierte Amtsperiode angetreten. Er ist der Neffe seines 2006 verstorbenen Amtsvorgängers Aptidon, der von 1977 bis 1999 Präsident war. Guelleh war zuvor Geheimdienstchef. Bei den Präsidentschaftswahlen vom 8. April 2016 wurde Präsident Guelleh mit einem offiziellen Ergebnis von 86 Prozent wiedergewählt.

Im Parlament (Nationalversammlung) sitzen 65 Abgeordnete, die alle fünf Jahre neu gewählt werden. Die letzten Parlamentswahlen fanden am 23. Februar 2018 statt. Eine Verfassungsänderung während des Bürgerkrieges führte 1994 zur Einführung eines Mehrparteiensystemes sowie zur Aufstellung von Gegenkandidaten bei den Präsidentschaftswahlen. Bei den Parlamentswahlen 2018 wurde erstmals eine Frauenquote eingeführt, 25% der 65 Abgeordneten sind Frauen.

Von den 65 Abgeordneten der Nationalversammlung gehören 43 der Regierungskoalition „Union pour la Majorité Présidentielle“ (UMP) an. Wichtigste Partei des Bündnisses ist die von der Volksgruppe der Issa dominierte Präsidenten- und frühere Einheitspartei „Rassemblement Populaire pour le Progrès“ (RPP), daneben die Afar-Partei „Front pour la Restauration de l'Unité et de la Démocratie“ (FRUD). Bei den Parlaments-, Präsidentschafts- und Kommunalwahlen des letzten Jahrzehnts trat die Opposition mehrfach nicht an. Prominentere Vertreter der Opposition blieben über den Kandidatennominierungsprozess für die Präsidentschaftswahlen 2016 hinweg in Haft. 2018 boykottierte die Opposition teilweise die Wahlen. Die Partei „Union djiboutienne pour la démocratie et la justice“ UDJ erhielt 7 Parlamentssitze, weil sie in Dschibuti Stadt 18,67% der Stimmen gewinnen konnte (UMP: 81,33%). In der Präfektur Ali Sabieh überwand die oppositionelle „Centre des Démocrates Unifiés“ (CDU) nach Anfechtung und Überprüfung der Wahlergebnisse doch noch die 10%-Hürde und erhielt damit den einzigen Sitz einer Oppositionspartei außerhalb von Dschibuti Stadt.

Persönlichkeit sowie Zugehörigkeit zu Familien, Clans oder Stämmen haben in der dschibutischen Politik größere Bedeutung als Parteiprogramme – die ethnische Zugehörigkeit gehört zu den bestimmenden Elementen der dschibutischen Politik. Dies spiegelt sich auch in der Zusammensetzung des Kabinetts wieder. Dschibuti setzt sich aus zwei Haupt-Ethnien mit etlichen Untergruppen und zahlreichen Clans zusammen:

den im Süden lebenden (somalischen) Issa, die rund 60 Prozent der Bevölkerung ausmachen, und den im Norden und Westen des Landes ansässigen Afar (rund 35 Prozent der Bevölkerung). Vor der Unabhängigkeit von Frankreich dominierten die Afar die politische Szene, seither die Issa. Durch geschickte Postenvergabe und auch Eheschließungen gelingt dem Staatspräsidenten der relative Ausgleich zwischen diesen beiden Gruppen.

Darüber hinaus ist Dschibuti Haupttransitland für Flüchtlinge und Migranten zwischen Ostafrika und der Arabischen Halbinsel und gleichzeitig Aufnahmeland. Bei einer Gesamtbevölkerung von knapp 1 Mio. beherbergt Dschibuti rund 29.000 Flüchtlinge, insbesondere aus Somalia, Äthiopien und Jemen. Auch unter den jeweils verwandten autochtonen Clans/Volksgruppen im Land finden in großer Zahl Somalier, Jemeniten, Eritreer und Äthiopier Zuflucht, die sich durch Not und physische Gewalt zum Verlassen ihrer Heimat genötigt sehen. Nach dschibutischen Angaben betrage die Zahl dieser Personen inzwischen fast ein Drittel der eigenen Bevölkerung. Die eigenen Strukturen sind aufgrund steigender Flucht- und Migrationsbewegungen mehr als ausgereizt, soziale Konflikte verschärft. Insgesamt pflegt das Land aber eine sehr tolerante Flüchtlingspolitik und gewährt Zugang zu nationalem Gesundheits- und Bildungssystem sowie zum Arbeitsmarkt.

## **Menschenrechte**

Mit der Verfassungsänderung von 2010 wurde die Todesstrafe abgeschafft. Im April 2008 rief Präsident Guelleh eine nationale Menschenrechtskommission ins Leben. Diese erhielt Unterstützung beim Kapazitätsaufbau vom in Addis Abeba ansässigen Regionalbüro der Hohen Kommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen sowie von der UNDP in Dschibuti.

Die Menschenrechtssituation bleibt trotz Fortschritten nach wie vor unbefriedigend. Es kommt immer wieder zu willkürlichen Verhaftungen. Die Nichteinhaltung von Verfahrensstandards im Gerichtswesen, die Einschränkung sozialer und politischer Rechte wie Versammlungsrecht und freie Meinungsäußerung sind weitere Schwachpunkte. Weite Teile der Bevölkerung nehmen ihr aktives und passives Wahlrecht nicht wahr. Institutionen der Zivilgesellschaft sind in den Bereichen aktiv und erfolgreich, die ihnen von der Staatsmacht eingeräumt werden.

Besonders einflussreich ist der nationale Frauenverband unter Vorsitz der Präsidentengattin. Dieser fördert in der Administration und in der Zivilgesellschaft die Rolle der immer zahlreicheren gut ausgebildeten Frauen, die inzwischen in der Politik sowie im mittleren Management von Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen viele Fäden in der Hand halten. Als Ergebnis aktiver Frauenförderung werden z.B. alle obersten Gerichte des Landes wie auch der nationale Rechnungshof von kompetenten Frauen geleitet. Seit den Regional-/Kommunalwahlen im vergangenen April hat die Hauptstadt eine Oberbürgermeisterin.

**Hinweis:**

*Dieser Text stellt eine Basisinformation dar. Er wird regelmäßig aktualisiert. Eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben kann nicht übernommen werden.*